

NRO-Konferenz in Bangkok

Bangkok, Thailand, 27.-29. Februar 1996

Vom 27. bis 29. Februar, vor Beginn des offiziellen ASEM Gipfeltreffens zwischen den Regierungschefs der EU, der ASEAN sowie Chinas, Japans und Südkoreas, hielten über 150 VertreterInnen von über 100 Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Bangkok einen alternativen Gipfel ab. Die Konferenz mit dem Namen „The Asia-Europe NGO Conference - Beyond Geopolitics and Geoeconomics - Towards a New Relationship between Asia and Europe“ beabsichtigte als Gegenpol zur fast reinen Ausrichtung des Gipfeltreffens auf die Wirtschaftspolitik die Aufmerksamkeit auf soziale, humanitäre und ökologische Themen zu lenken.

Schon im Vorfeld des Treffens hatte es von Regierungsseite Versuche gegeben, das Treffen zu stoppen. Man hatte unter anderem versucht, den Träger des Tagungsortes unter Druck zu setzen und den NRO's die Nutzung der Einrichtungen zu verweigern. Für diese Versuche wurde der thailändische Premier Barnharn kritisiert. Vor allem der thailändische Sozialkritiker und alternative Nobelpreisträger von 1995 Sulak Sivaraksa hatte sich öffentlich gegen jegliche Behinderung von Regierungsseite ausgesprochen. „Ich möchte der thailändischen Regierung nicht dafür danken, daß wir hier unser Treffen abhalten können“, sagte er bei seiner Eröffnungsrede unter lautem Applaus der Teilnehmer. „Es ist unser Recht und Privileg... Diese Regierung hatte kein Recht, sich in legale Zusammentreffen innerhalb des Königreichs einzumischen“, führte er weiter aus.

Während das ASEM Treffen alle sensiblen Themen zu vermeiden beabsichtigte, behandelte das NRO Forum Themen wie Menschenrechte, Migration, Sextourismus und Frauenhandel, Umweltzerstörung und das Welthandelsabkommen aus einer sozialen und ökologischen Perspektive. So drückte die Vertreterin des europäischen Parlaments Berni Malone ihr Bedauern über die Entscheidung der EU aus, die Menschenrechte beim ersten ASEM-Gipfel nicht zu behandeln. „ASEM hat die einmalige Chance, die Frage der Menschenrechte zu diskutieren. Unglücklicherweise haben sich die EU Mitgliedstaaten entgegen ihrer ursprünglichen Absicht von der Absicht, dieses Thema zur Sprache zu bringen, distanziert“, sagte Berni Malone.

Während der drei Konferenztage wurden Panels zu verschiedenen Themen abgehalten. Im ersten Panel wurde das Welthandelsabkommen diskutiert und die Forderung aufgestellt, daß das geplante Abkommen nicht abgeschlossen wird. Vor allem wurde die Unehrlichkeit des EU Vorschlags, Mindestarbeitsstandards in das WTO Abkommen einzufügen, kritisiert, da dies zu Arbeitslosigkeit in Asien führen würde. „Ich glaube, daß sie unsere Arbeiter nicht mögen..., sondern sich nur über ihre Produktion Gedanken machen“, sagte Martin Khor vom Third World Network. Khor erklärte, falls die Löhne steigen würden und damit auch die Produktionskosten, dann würden die Verkaufspreise steigen und folglich würde die EU weniger aus Asien importieren. „Falls Arbeitsstandards in das WTO Abkommen eingefügt würden, dann müssen kleine Firmen schließen, da sie nicht die höheren Löhne zahlen könnten, die ihre Gewinne auffressen.“ Das Welthandelsabkommen, welches letztes Jahr im Januar gestartet wurde, ist ein Versuch, die Handelsbarrieren unter den Mitgliedsstaaten auszuschalten. Eine weitere Besorgnis ist die Angst, daß der EU Vorschlag über einen Vertrag über Investitionen ausländischer Firmen in den beiden

Regionen Asiens dazu führen wird, daß die heimischen Firmen mit der Kapitalmacht ausländischer Firmen nicht Schritt halten können und aus dem Wettbewerb gedrängt werden.

Besondere Aufmerksamkeit erhielten die beiden Vorträge über Burma und Osttimor. Diese Aufmerksamkeit wurde aber nicht nur von den Teilnehmern und der Presse erbracht, sondern auch von zahlreichen Polizisten in Zivil. Eine große Zahl von Journalisten und Zeitungen, die es seit Jahren nicht mehr gibt, waren vertreten. Mehr als 100 Journalisten hatten sich zur Konferenz angemeldet, darunter 30 bis 40 von verschiedenen Polizeiabteilungen und Geheimdienstbehörden. Auch wurden Spitzel der indonesischen und der burmesischen Regierung (SLORC) entdeckt. Trotz dieser hohen Zahl von besonderen Journalisten war das Medieninteresse weit größer, als die meisten Veranstalter erwartet hatten.

Zum Thema Osttimor sollte Jose Ramos-Horta, ein Vertreter des National Council of Maubere Resistance (CNRM) sprechen. Ihm wurde von der thailändischen Regierung jedoch die Einreise verweigert. Statt dessen sprach die alternative Nobelpreisträgerin Carmel Budiardjo von der britischen Menschenrechtsorganisation TAPOL. In ihrer beeindruckenden Rede prangerte sie unter anderem das Schweigen der europäischen Regierungen sowie der ASEAN-Staaten hinsichtlich Osttimors an. „Es ist erschreckend, daß die Mitgliedstaaten der ASEAN niemals ein Statement zur Invasion Osttimors verabschiedet haben... sie haben noch nicht einmal irgendeine Meinung zur einer Invasion eines Landes in der Region zum Ausdruck gemacht“. Carmel Budiardjo ist wohl die einzige britische Staatsangehörige, die während der späten 60er Jahre in Suhartos Gulags inhaftiert war.

Über Burma sprach Maung Maung, der seit 1988 im Exil lebende Gewerkschaftsführer der burmesischen Gewerkschaft und Mitglied des Internationalen Sekretariats der Nationalen Koalitionsregierung der burmesischen Union. Er forderte vor allem ein Ende der „Constructive Engagement-Politik“, die nach dem Motto „Wandel durch Handel“ offiziell darauf abzielt, durch wirtschaftliche Entwicklung demokratische Reformen in Burma einzuleiten. „Die Investitionen die nach Burma gehen..., wie in allen von Diktatoren beherrschten Ländern, finanzieren nur das Militärregime.“ Er forderte vor allem eine härtere Gangart der burmesischen Regierung (SLORC) gegenüber, wenn auch nur um sie an den Verhandlungstisch mit den demokratischen Kräften zu bringen.

Am Ende des zweiten Tages arbeitete eine Arbeitsgruppe eine Reihe von Empfehlungen aus, die am nächsten Tag dem Deputy Prime Minister Amnuay Viravan sowie dem italienischen Botschafter als Vertreter der EU übergeben wurden. Darin fordern die NRO-Vertreter von zwei Kontinenten die asiatischen und europäischen Regierungen auf, sich mehr um die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen zu kümmern als um die der herrschenden Eliten. Die NROs fordern die Regierungen auf, eine am Menschen orientierte, sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratische Politik zu machen. Die Organisatoren hatten die Hoffnung, vor allem die Menschenrechtsverletzungen in Osttimor, Burma, Französisch-Polynesien und Tibet auf die Agenda für das ASEM-Tagung zu bringen. Die ASEM-Tagung hatte auch zu einem Gespräch über Osttimor zwischen dem portugiesischen Premier Antonio Guterres und General Suharto unter vier Augen geführt. Welche konkreten Verbes-

serungen für die desolante Lage der Menschenrechte man von diesem Gespräch erwarten kann, bleibt sicherlich abzuwarten. Das Gespräch an sich war aber schon ein Novum und sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung.

So stellt sich die Frage, was hat diese Konferenz überhaupt gebracht? Sicherlich kann man davon ausgehen, daß dieses Treffen, wie bereits erwähnt, an sich schon ein Erfolg war, wenn man die Behinderungen von der thailändischen Regierung in Betracht zieht. Zweitens hat das Treffen von Vertretern von mehr als 100 NROs aus Asien und Europa dazu beigetragen, daß Verständnis und die Kooperation zwischen den beiden Gruppen zu stärken. Die Auswirkungen dieses Meetings auf die Politik der einzelnen Staaten sind sicherlich schwer abzuschätzen. Nur sollte nicht vergessen werden, daß die Nichtregierungsorganisationen in vielen asiatischen Ländern die Interessen großer Teile der Bevölkerung vertreten. In Thailand hat das NRO-Treffen sicherlich einigen Politikern vor Augen geführt, daß sie die Nichtregierungsorganisationen nicht ignorieren können. Notwendig ist vielmehr, sie in die politische Arbeit zu integrieren. Dies war eine der Forderungen in den Empfehlungen an die ASEM-Teilnehmer. Nun stellt sich die Aufgabe an die Nichtregierungsorganisationen, ihre Visionen und Ideen von einer gerechteren, ökologischeren und demokratischeren Welt in konkrete Aktionen umzusetzen.

Jost Wagner

Deutsch-Chinesische Tagung "Wirtschaftsanalyse und -prognose in der Marktwirtschaft"

Beijing, VR China, 11.-15. März 1996

Zu der deutsch-chinesischen Tagung mit dem Thema *Wirtschaftsanalyse und -prognose in der Marktwirtschaft* reisten auf Einladung des Entwicklungsforschungszentrums des Staatsrats (DRC) und der Friedrich-Naumann-Stiftung zwei Experten des ifo Instituts in München und Prof. Dr. Herrmann-Pillath von der Universität Duisburg nach Beijing. Sie tauschten mit Vertretern der chinesischen Partnerorganisationen der Stiftung ihre Erfahrungen im Bereich Konjunkturforschung und Unternehmensbefragung zur Analyse des Wirtschaftsgeschehens und zur Prognose der Wirtschaftsentwicklung in einer Marktwirtschaft aus. Sowohl die deutsche Seite als auch die chinesischen Fachleute brachten dieser Veranstaltung großes Interesse entgegen und waren von ihrem Wert für die zukünftige Arbeit überzeugt.

Die Tagung geht zurück auf eine Anregung von Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath vom Institut für Ostasienwirtschaft der Universität Duisburg aus dem Jahre 1995. Aus terminlichen Gründen konnte sie jedoch erst im März 1996 stattfinden. Auf deutscher Seite galt es, drei Organisationen zusammenzubringen, nämlich das ifo Institut in München, die Universität Duisburg und die Friedrich-Naumann-Stiftung. Auch auf chinesischer Seite waren umfangreiche Vorbereitungen notwendig, da sich mittlerweile eine ganze Reihe von staatlichen und halb-staatlichen Organisationen mit dem Thema *Konjunkturforschung* beschäftigen und aktiv in Unternehmensbefragungen involviert sind.

Der frühere Vize-Direktor des DRC, Herr Zhang Pang, führte den Vorsitz der Tagung. Sein Nachfolger in diesem Amt, Herr Lu Zhiqiang, nahm die Eröffnung vor,